

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

25. März 1948

Blatt 430

Lagerbestandsaufnahme in allen Lebensmittelbetrieben

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Alle Lebensmittel-Groß- und Kleinbetriebe sowie Fleisch-abgabestellen in Wien haben mit Stichtag Sonntag, den 28.3.1948, eine Inventur durchzuführen. Es sind alle Lebensmittel zu melden, die sich in den Betriebsräumen befinden. Der Stand an Fleisch und Wurst ist getrennt anzuführen. Bäcker und Brotfabriken haben auch die Salzbestände anzugeben. Bei Meldung von Fischkonserven sind "Siver Hake"-Konserven gesondert auszuweisen.

In der Warenstandsmeldung der Kleinbetriebe sind die Großhändler, bei Sortiment-Kleinhändlern auch der Mehlgroßverteiler zu verzeichnen, von denen die Waren bezogen werden. Die Lagermeldung ist in dreifacher Ausfertigung am Dienstag, den 30. März, bis 12 Uhr mittags bei der Marktamsabteilung abzugeben. Eine Ausfertigung bleibt in der Marktamsabteilung zurück und zwei werden an das Landesernährungsamt weitergeleitet. Das Landesernährungsamt gibt eine Meldung an die Großhändler weiter.

Die Fleischkleinverteiler erhalten eine Ausfertigung zurück, die sie so rasch als möglich an ihren Großverteiler weiterzugeben haben. Auch Leermeldungen sind zu erstatten.

Nichtbefolgung oder unrichtige Angaben werden bestraft.

Drucksorten sind in den Marktamsabteilungen erhältlich.

Die Budgetverhandlungen im Rathaus

=====

Der vierte Tag der Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat begann mit dem Referat des Stadtrates Afritsch (SPÖ) über die Geschäftsgruppe XI., Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Er schilderte zuerst die Bevölkerungsbewegung und stellte fest, daß die Zahl der Einwohner von Wien seit Juli 1945 von 1,323.758 auf 1,730.613 im Jänner 1948 gestiegen ist. Davon sind 43 Prozent Männer und 57 Prozent Frauen.

Während im Jahre 1946 bei 16.323 Geburten und 28.329 Sterbefällen das Bevölkerungsdefizit noch 12.006 Personen betrug, ist es im Jahre 1947 bei 23.550 Geburten und 25.279 Sterbefällen auf 1.729 zurückgegangen. Auf je 1.000 der Bevölkerung starben im Jahre 1930 123, im ersten Nachkriegsjahr 426, 1946 noch 175 und 1947 nur mehr 149 Personen. Die Säuglingssterblichkeit betrug auf je 1.000 Lebendgeborene in den besten Friedensjahren 35 bis 40, das ist eine Zahl, die im allgemeinen auch in Skandinavien und in den westlichen Ländern verzeichnet wird, stieg im Jahre 1945 auf 191, betrug 1946 noch 77 und im vorigen Jahr 75 Säuglinge. Die Säuglingssterblichkeit hat sich somit sehr vermindert, ist aber noch doppelt so hoch, als in den besten Friedensjahren. Das beweist, daß die Ernährung der Säuglinge noch immer nicht auf der gewünschten Höhe ist.

Während im Jahre 1935 15.000 Paare die Ehe schlossen, gab es 1945 nur mehr 9.854, 1946 schon wieder 16.350 und 1947 sogar 19.455 Eheschließungen. In der Zahl der Eheschließungen sind auch die ^{der}alliierten Soldaten vor Wiener Standesämtern eingerechnet. Es heirateten im vorigen Jahr in Wien 413 Amerikaner, 115 Engländer und 62 Franzosen, zusammen also 590 Angehörige der Besatzungsmächte.

Die Magistratsabteilung für Staatsbürgerschaft und Personstandswesen hatte täglich 1.200 bis 1.500 Parteien abzufertigen. Prinzip ist, vor allem jene Personen einzubürgern, die schon länger hier ansässig sind. Bei jenen mit kürzerer Aufenthaltsdauer wird der schärfste Maßstab angelegt. Im Jahre 1947 hat diese Abteilung 8.608 Personen bzw. Familien eingebürgert, wurden ^{9.927} Staatsbürgerschaftserklärungen ausgestellt, so daß

im vergangenen Jahr 18.535 Ansuchen positiv erledigt werden können. Seit 1945 bis Ende 1947 wurden damit 12.095 Personen eingebürgert und 25.098 Personen erhielten Staatsbürgerschaftserklärungen. Außerdem wurden 98.685 Heimatrollenauszüge und Staatsbürgerschaftsausweise ausgestellt. Einbürgerungen von Personen, die erst nach 1938 nach Wien oder Österreich gekommen sind, erfolgten nur 1.896, das sind 4 Prozent der Gesamtzahl. 16.000 neue Ansuchen sind derzeit in Behandlung.

Die Umsiedlerstelle hat vom Ausländeramt der Polizei rund 26.000 Meldeblätter für 42.422 Personen erhalten. Die Umsiedlerstelle läßt dann die Ausländer vor und erteilt nach dem Wichtigkeitsgrad ihrer Beschäftigung die Aufenthaltsbewilligung. 6892 Personen aus der amerikanischen Zone haben von uns die Aufenthaltsbewilligung erhalten, in der englischen Zone waren 6194 Personen und in der französischen Zone 3216. Dazu kommen noch die Familienangehörigen dieser Menschen, sodaß insgesamt ungefähr 21.000 Personen die Aufenthaltsbewilligung gegeben werden konnte. Es gibt auch Fälle, daß Kriegsgefangene keine österreichischen Staatsbürger sind, aber hier in Österreich Verwandte haben. 2096 dieser Ansuchen wurden positiv erledigt.

Zu der Arbeit der Registrierungsstelle hoffte der Stadtrat, daß die künftigen Nationalsozialistengesetze einfacher sind und die Verwaltung weniger belasten. Insgesamt sind 114.627 Personen registriert. Davon sind 82.096 Männer. Belastet sind unter ihnen 8.335 Männer und 271 Frauen. Während der Zeit der Auflegung der Registrierungslisten wurden 14.097 Einsprüche gemacht. Da die Einsprüche gegen die Registrierungsliste des Jahres 1946 noch nicht erledigt werden konnte, beträgt die Zahl der noch un-erledigten Einsprüche insgesamt 21.638. Davon wurden bis Ende des vergangenen Jahres ein Drittel erledigt.

Die Gewerbebeanmeldungen sind weiter im Ansteigen. Im Jahr 1947 wurden von den Magistratischen Bezirksämtern 11588 Gewerbeberechtigungen erteilt. Berücksichtigt man die 4.376 Rücklegungen, so ergibt sich doch eine Vermehrung um 7.212 Gewerbeberechtigungen. Dazu kommen noch 395 Konzessionsverleihungen. An Ausländer wurden nur 207 Gewerbeberechtigungen ausgegeben, da hier ein strenger Maßstab angelegt wird. Im Hinblick auf das Anschwellen der Gewerbebeanmeldungen, besonders im Bekleidungs-gewerbe und im Warenhandel, wurden die zuständigen Stellen der Wirtschaft ersucht, bei Neuverleihungen die Gutachten nach strengeren Gesichtspunkten zu erstatten.

Bei den Öffentlichen Verwaltern und Aufsichtspersonen haben sich die Auswirkungen des NS-Gesetzes und der Rückstellungsgesetze gezeigt. Während am Ende des Jahres 1946 noch 2356 Öffentliche Verwalter bestellt waren, gab es am 31. Dezember 1947 nur mehr 1321 und Ende Februar dieses Jahres nur mehr 1141 Öffentliche Verwalter und Aufsichtspersonen.

Als dringendste Aufgabe der Feuerwehr der Stadt Wien bezeichnete Stadtrat Afritsch die Verbesserung und Vervollkommnung der technischen Ausrüstung. Der Personalstand hat bereits die Zahl vor dem Krieg erreicht. 1121 Feuerwehrleute stehen im Dienst; dazu kommen noch 109 Mann der Rathauswache, sodaß sich mit Verwaltungs- und Werkstättenpersonal ein Stand von 1502 Feuerwehrleuten ergibt. An Feuerwehrfahrzeugen waren Ende dieses Jahres 56 Lösch-, Sonder- und Wirtschaftsfahrzeuge im Dienst. Dazu sollen noch im Laufe dieses Jahres 22 Wagen kommen. Bei den Feuerwehrwachen ist gleichfalls der Friedensstand erreicht, ihre Zahl beträgt 33. Die Feuerwache Winterhafen wurde zwar zerstört, dafür kam die Feuerwache Liesing neu hinzu. In diesem Jahr soll in Speising eine neue Feuerwache fertiggestellt werden. Insgesamt mußte die Feuerwehr der Stadt Wien im Jahre 1947 4582 mal ausrücken. Davon waren 13 Großbrände, 185 Mittelbrände, 1194 Kleinbrände und verschiedene Hilfeleistungen. Dazu kommen noch 134 Fehlanzeigen.

Allen Feuerwehrleuten, die sich stets im Dienst voll eingesetzt haben, sprach Stadtrat Afritsch sodann seinen besonderen Dank aus. (Allgemeiner Beifall.)

Die Aktion "Jugend am Werk" hat den Zweck, Burschen und Mädchen, die beschäftigungslos sind, zur Arbeit zu erziehen, und in den letzten Jahren wurden tatsächlich Tausende in einen normalen Beruf übergeleitet. Es bestehen 15 Heime, die während des Winters auch als Kinder- und Jugendwärmestuben verwendet werden. Im Vorjahre fanden 1.656 kulturelle Veranstaltungen mit 19.385 Teilnehmern statt. Zur Pflege des Gedankens, der internationalen Zusammenarbeit war im Vorjahr eine Gruppe englischer Jugendlicher in Wien, die bei Schuttaufräumungsarbeiten im Preyer-Kinderspital mitarbeitete, eine weitere Gruppe ist vor einigen Tagen angekommen. Im Austausch sollen ebensoviele österreichische Burschen und Mädchen nach London fahren, um dort am Wiederaufbau mitzuwirken, ein Symbol europäischer Zusammenarbeit.

Die Kriegsgefangenenfürsorge wird von der Landesregierung Wien und der Wiener Kriegsgefangenenkommission, die aus allen drei Parteien gebildet ist, betreut. Insgesamt 81.365 Heimkehrer aus aller Welt sind bisher nach Wien zurückgekehrt. Seit September kamen aus Rußland in 39 Zügen 13,422, aus Jugoslawien 421 Heimkehrer. Die Unterstützung durch die Kriegsgefangenenfürsorge der Landesregierung erfolgt über die Wohlfahrtsstelle für die Heimkehrer. Von dieser wurden u.a. 55.373 Bekleidungsstücke und 5.689 Paar Schuhe, 7.909 Lebensmittelpakete und an 394 Heimkehrer Bareträge von zusammen 64.700 Schilling verteilt. 54.300 Heimkehrer sprachen in dieser Wohlfahrtsstelle vor. Die Sammlungen für die Heimkehrer erbrachten in Wien eine Summe von 2,876.800 Schilling, von denen 1,000.800 Schilling bereits verbraucht wurden. Das beste Sammlerergebnis hat der 21. Bezirk mit 158.000 Schilling aufzuweisen. Besonderer Dank gebührt dem Bürgermeister der Stadt Wien, der immer bei dem Empfang der Heimkehrer, ohne Rücksicht auf Witterung oder Tageszeit, anwesend war und die Heimkehrer im Namen der Stadt Wien begrüßt hat. (Lebhafter ^{allgemeiner} Beifall.) An 1.160 noch in Jugoslawien weilende Kriegsgefangene wurden Weihnachtspakete gesendet. Die Aufgabe dieser Verwaltungsgruppe, deren Tätigkeit tief in das Leben der Wiener Bevölkerung eingreift, besteht weiterhin darin, unbürokratisch, aber in voller Beachtung der gesetzlichen Vorschriften zum Wohle der Wiener Bevölkerung zu arbeiten. (Starker Beifall.)

GR. Dr. Altmann (KPÖ) eröffnete die Debatte. Er hob die vorbildlich geführten Agenden der Abteilung für Staatsbürgerschaftsangelegenheiten hervor und daß trotz der außerordentlichen Belastung der Beamten fast keine Fehlentscheidungen getroffen werden.

Die Aktion "Jugend am Werk", die eigentlich Jugendfürsorge betreibt, würde einen Ausbau verdienen. Es sollte nicht nur eine Lehrwerkstätte sondern mehrere zur Verfügung stehen und auch die Kurse sollten erweitert und vermehrt werden. In diesem Zusammenhang erwähnte der Redner, daß im Wilhelminenspital ungefähr 20 Jugendliche, meist Mädchen, als vollwärtige Kanzleikräfte beschäftigt sind. Es wäre vollkommen richtig, daß die von "Jugend am Werk" erfaßten Jugendlichen in Wohlfahrtsanstalten arbeiten. Nur sollte vermieden werden, daß sie nun schon mehr als 1 Jahr unbezahlten Kanzleidiensst verrichten.

GR. Dr. Altmann forderte eine bessere Besoldung des Feuerwehrpersonals. Es gibt Feuerwehrleute, die mit einem Monatsinkommen von 500 S und sogar nur 425 S das Auslangen finden müssen.

Das sind Gehälter, die kaum zum bescheidensten Lebensunterhalt ausreichen. Wenn man den anstrengenden Dienst, der außerdem im Durchschnitt wöchentlich 84 Stunden Arbeitszeit ergibt, bedenkt, dann wäre eine Überreihung oder Umreihung auch der jüngeren Feuerwehrbediensteten dringend geboten.

Auch die 6jährige Probefristzeit stellt eine besondere Härte dar. Man müßte auch den nach Unfällen im Telegraphendienst verwendeten Feuerwehrleuten bessere Aufstiegsmöglichkeiten schaffen.

An den baulichen Anlagen der Feuerwehr bestehen außerordentlich schwere Schäden. Es ist daher außerordentlich begrüßenswert, daß die Speisinger Feuerwache in diesem Jahr in Ordnung gebracht wird und daß auch an die Reparatur der anderen Feuerwachen geschritten wird. Der Redner empfahl die bessere Unterbringung der Hauptfeuerwache in Favoriten und die Instandsetzung der Feuerwache Döbling. Dem Dank des amtsführenden Stadtrates an das Personal der Wiener Feuerwehr schloß sich GR. Dr. Altmann im Namen der Kommunistischen Fraktion an.

Der Redner wandte sich dann der Heimkehrerfürsorge zu und erwähnte die beträchtlichen Summen, die der Heimkehrerfürsorge zugeführt wurden und deren Aufbringung hauptsächlich ein Verdienst der Frauen sei. Es sei aber für die ganze Bevölkerung unverständlich, daß von diesen Sammelgeldern rund $\frac{1}{2}$ Million Schilling durch das Währungsschutzgesetz gestrichen wurden. Der amtsführende Stadtrat und der gesamte Wiener Gemeinderat mit dem Bürgermeister an der Spitze sollten dafür kämpfen, daß dieser Betrag wieder seinem ursprünglichen Zweck zugeführt wird.

Sodann verlangte GR. Dr. Altmann, daß bei der Auszahlung der Familienunterhaltsbeiträge weniger bürokratisch vorgegangen werden sollte. Diese Beiträge sollten ohne langwierige Erhebungen und auch, wenn der Heimkehrer bereits in Arbeit steht, ausbezahlt werden.

Zum Schluß forderte der Redner, daß die provisorisch eingesetzten Bezirksvorsteher nach der Verfassung der Stadt Wien endlich einen entsprechenden Wirkungsbereich bekämen. Dies sei eine wesentliche Vorbedingung einer Verwaltungsreform die wir alle erstreben. Die erste Voraussetzung für eine Verwaltungsreform ist eine entschlossene Demokratisierung der Verwaltung.

GR. Dr. Prutscher (ÖVP) begrüßte es, daß an die Hausgehilfinnen mit langjähriger Dienstzeit wieder eine Ehrengabe gegeben wird.

Er schloß sich dem Dank an die Feuerwehr an, die sich zuletzt wieder nach dem Anschlag in Hietzing außerordentlich bewährt hat.

Beim Kapitel "Jugend am Werk" vertrat der Redner die Ansicht, man möge es nicht dabei bewenden lassen, diese Einrichtung zu loben, sondern gleichzeitig die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Parlament vertreten.

GR. Dr. Prutscher bedauerte es, daß viele sogenannte Auslandsösterreicher, die besonders in der Landwirtschaft zur allgemeinen Zufriedenheit tätig waren, entgegen den Wünschen ihrer Dienstgeber und der Behörden wieder unser Land verlassen mußten. Jenen, die hier sind, müsse man die Gewähr und das Gefühl geben, daß sie nicht nur mehr oder minder geachtete Arbeitskräfte sind, sondern als Menschen angesehen werden, an deren Schicksal wir vollen Anteil nehmen. Er stellte sodann den Antrag, daß alle Ansuchen um Staatsbürgerschaft, bei denen eine Vorlage an den Ministerrat oder die Ermessensfrage notwendig ist, vorerst durch den Wiener Stadtsenat geprüft werden.

Was das Preisbestimmungsamt betrifft, so möge man Sachverständige nicht schematisch heranziehen. Ihr Gutachten soll dazu dienen, den Aktenweg abzukürzen, aber nicht, um durch Einschaltung einer neuen Station den Weg des Gesuchs zu verlängern.

Bezüglich der Heimkehrerhilfe machte er den Vorschlag, die Landesstelle in der Metternichgasse mit der Fürsorgestelle in der Hahngasse zusammenzulegen und regt an, arbeitsunfähigen Heimkehrern ein Darlehen für die Beschaffung von Kleidungsstücken zu gewähren.

Der Redner rügt die Führung kostspieliger Prozesse durch die Magistratsabteilung 69. Im Verlaufe mehrerer Presseprozesse wegen öffentlicher Verwalter wäre nur ein einziger gewonnen worden. Es wäre überhaupt zu sagen, daß in der Abteilung für öffentliche Verwalter wenig öffentliches und all zu sehr privates Interesse verfolgt wird.

Der Redner erklärte weiter, man könne stolz darauf sein, daß Österreich als ein Staat angesehen wird, in dem Flüchtlinge

ein Asyl finden können. Österreich hat aber Interesse daran, mit den Nachbarländern in Frieden zu leben und es wäre nicht einzusehen, daß auch jenen Aufenthalt gewährt wird, die hier Schleichhandel betreiben und mit Mord und Totschlag ihre Fehden austragen.

GR. Koci (SPÖ) wies vor allem auf die vom Berichterstat-ter mitgeteilte alarmierende Höhe der Säuglingssterblichkeit in Wien hin, die noch immer 75 vom Tausend beträgt. Er richtete daher die Mahnung an alle verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß die Belieferung unserer Großstadt mit Milch und Kindernährmitteln besser wird.

Zur Steigerung der Ansuchen im Gewerbewesen stellte der Redner fest, daß sich hier die Auffassung seiner Fraktion völlig mit der des Stadtrates Afritsch decke, denn es ist nicht möglich allen diesen vielen Ansuchen Rechnung zu tragen, weil dadurch eine Verelendung der Gewerbebetriebe eintreten würde.

GR. Koci sprach dann den Beamten und dem Personal der Feuerwehr der Stadt Wien im Namen seiner Fraktion ebenfalls den Dank aus und verwies besonders auf die schwierige und gefahrvolle Arbeit der Feuerwehrleute bei den Ruineneinstürzen der letzten Zeit. (Allgemeiner Beifall.) Zu der Forderung des GR. Dr. Altmann, das Personal der Feuerwehr besser zu entlohnen, gab er seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Aufstieg der Wirtschaft es der Gemeinde möglich machen wird, jener Berufsgruppe auch in finanzieller Hinsicht den gebührenden Lohn zu geben.

Den von GR. Dr. Prutscher angeregten freiwilligen Arbeitsdienst lehnte der Redner im Namen seiner Fraktion grundsätzlich ab und stellte fest, daß man diesen freiwilligen Arbeitsdienst nicht mit der Einrichtung "Jugend am Werk" vergleichen könne. Denn hier erziehe man die Menschen zu Facharbeitern; sie würden deshalb nicht, wie im anderen Fall, zu Lohndrückern.

Beim Abschnitt Kriegsgefangenenfürsorge gab der Redner seiner Freude über die großen Leistungen dieses Antes Ausdruck und daß/ den Aufruf des Bürgermeisters in Zusammenarbeit aller drei Parteien gelang, einen Betrag von annähernd 3 Millionen Schilling aufzubringen.

Darüber hinaus sei vor allem den Kleingärtnern zu danken die viel dazu beitrugen, um den Empfang der Heimkehrer zu verschönern. Allein in einem Arbeiterbezirk wurden 12.000 Kilogramm Obst für diese Zwecke bereitgestellt. GR. Koci dankte auch dem Bürgermeister, daß er bei allen Empfängen anwesend war und dadurch beigetragen hat, die Legende zu zerstören, daß sich die Heimat um ihre Kriegsgefangenen nicht kümmere. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

Zum Schluß richtete GR. Koci an den Personalreferenten das Ersuchen, jenen Heimkehrern, die erst jetzt oder noch später zurückkommen können, einen Platz in der Gemeinde aufzuheben. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Afritsch besprach in seinem Schlußwort zunächst die Forderung des GR. Dr. Prutscher auf Einführung des Arbeitsdienstjahres für die Jugend. Die Aktion "Jugend am Werk" sei auf Freiwilligkeit aufgebaut, an der die Sozialistische Partei festhalte. Ein Weg, um hier ein Einvernehmen zu erzielen, besteht darin, daß alle anderen Bundesländer ebensolche Aktionen einführen. Es sei aber paradox, daß gerade diejenigen, die das Arbeitsdienstjahr wollen, in ihren Ländern noch keine solche Aktionen, in denen Jugendliche arbeiten, durchführen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.) In allen fortschrittlichen Ländern wurde bei der Feuerwehr die 24stündige Arbeitszeit, die sich als praktisch erwiesen hat, eingeführt, und wir denken, führt der Redner aus, nicht daran, davon abzugehen. Die technische Ausrüstung der Feuerwehr ist noch nicht soweit, wie wir sie wünschen, doch sind die wichtigsten Geräte bereits angeschafft. Der Wiederaufbau der Feuerwehr wird in den nächsten Jahren vollendet werden. Auch im Wiederaufbau der Feuerwachen, der heuer beendet werden soll, ist bereits ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Besonderer Dank gebührt der schwedischen Regierung, die Tausende von Kleidern, in erster Linie für die Feuerwehr, zur Verfügung gestellt hat. (Lebhafter Beifall.) Die Bezirksverwaltungen, die in einem außerordentlich engen Kontakt mit der Bevölkerung stehen, müssen ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit der Bezirksverwaltungen mit der Zentralverwaltung ist gut, und den Bezirksvorstehern gebührt der Dank für die viele mühselige Arbeit in den Bezirken. (Erneuerter Beifall.)

In der Erledigung der Staatsbürgerschaftsansuchen können wir mit unseren Beamten zufrieden sein. Zu dem Wunsch, die Einbürgerungen mehr zu demokratisieren, muß festgestellt werden, daß sie auf eine demokratische Art erledigt werden und erst nach Stellungnahme der zuständigen Stellen vorgenommen werden. Ihre Erledigung durch den Stadtsenat würde nur eine Verzögerung bedeuten. Der Aufforderung, die Erklärungen des Staatsinteresses für Staatsbürgerschaftsverleihungen nicht nach Parteiinteressen zu beurteilen, hält der Berichterstatter entgegen, daß solche Fälle im großen und ganzen nach Überprüfung des Aktes positiv erledigt werden. Nur im Falle eines Ministeriums handelte es sich nicht so sehr um eine qualitative als um eine quantitative Leistung, und es wäre verfehlt gewesen, allen von diesem Ministerium Empfohlenen die Staatsbürgerschaft zu verleihen. Die Anzahl der öffentlichen Verwalter und Aufsichtspersonen sinkt.

Der Gemeinderat nimmt hierauf die Ansätze der Gruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten einstimmig an und weist den Antrag Dr. Prutscher der geschäftsmäßigen Behandlung zu.

Über die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen
berichtete Stadtrat Dr. Exel (ÖVP).

Die Wiener Elektrizitätswerke rechnen in ihrem Erfolgsplan für 1948 mit einer bedeutenden Steigerung des Betriebsaufwandes gegenüber den Ergebnissen des Jahres 1947. Die Erhöhung der Kosten auf 88,860.000 Schilling für das Wirtschaftsjahr 1948 bedeutet die naturgemässe Auswirkung des Preis- und Lohnübereinkommens vom Sommer des vergangenen Jahres.

Die Abschreibungen betragen 13.3 Millionen Schilling gegenüber rund 14 Millionen im Jahr 1947. Die Werke rechnen mit einem Verkaufsertrag von rund 166 Millionen Schilling gegenüber rund 100 Millionen des Vorjahres, wobei ein Durchschnittsbetrag von 34.8 g für die kWh eingesetzt wurde. Dieser Erfolgsplan schließt mit einem Abgang von 660.000.- Schilling.

Vorgesehen ist eine Bereitstellung 670 Millionen kWh Strom im Jahr, was einem täglichen Durchschnitt von 1,836.000 kWh entspricht. Es muß hervorgehoben werden, daß im vergangenen Winter bis zu 2,800.000 kWh Stromabgabe in einem Tag erzielt wurden. Eine aussergewöhnliche Leistung für die Elektrizitätswerke in einer Station, die am äussersten östlichen Ende der Verbundschiene gelagert ist und, sofernne Eigenanlagen in Betracht kommen, zum überwiegenden Teil auf kalorische Stromerzeugung angewiesen ist.

Rund 187 Millionen kWh oder 28% sollen aus den kalorischen Werken Simmering und Engerthstrasse, 11% aus den eigenen hydraulischen Werken und 61% durch Bezug aus fremden Kraftwerken gedeckt werden.

In ganz Österreich wurden im Jahre 1947 3.313,730.000 kWh erzeugt. Die Wiener Elektrizitätswerke erzeugten in der gleichen Zeit rund 278,000.000 kWh. Die Schwierigkeit besteht darin, daß Wien rund 50% der gesamten Abnehmer Österreichs erfaßt und dementsprechend der Ausbau der Wiener Kraftwerke als kalorischer Schwerpunkt erfolgen muß, um die Lebensmöglichkeit der Stadt Wien zu sichern.

Aus diesem Grund finden wir im Finanzplan für das Kraftwerk Simmering die Aufstellung eines Hochleistungskessels mit Kosten von $7\frac{1}{2}$ Millionen Schilling, für das Kraftwerk Engerthstraße eine Dampfkesselanlage mit rund 10 Millionen Schilling Kosten und als Kriegsschadenbehebung für das Kraftwerk Simmering die Anschaffung von zwei Hochleistungskesseln mit einer Kostensumme von rund $12\frac{1}{2}$ Millionen Schilling.

Die Stadt Wien beteiligt sich an Stromerzeugungsanlagen mit Mitteln der Wiener Elektrizitätswerke im Ausmaß von rund 22 Millionen Schilling, und zwar am Tauernkraftwerk mit 20 Millionen, am Ennskraftwerk mit 2 Millionen und am Drauwerk mit 150.000 Schilling.

Im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen erfolgt die schrittweise Umschaltung der veralteten Netze mit 110 V Wechselstrom und 220 V Gleichstrom auf 220 V Wechselstrom (Drehstrom). Die Gesamtkosten dieser Umschaltung, die sich etwa auf 30 Jahre verteilen, werden schätzungsweise 200 Millionen Schilling betragen.

Die Wiener Gaswerke zeigen im Erfolgsplan einen Gesamtaufwand von 148 Millionen Schilling gegen 80 Millionen im Vorjahr. Die Einnahmen rechnen die Gaswerke mit 92 Millionen für den Verkauf von Gas und mit $45\frac{1}{3}$ Millionen für den Verkauf von Koks.

Hier ist besonders hervorzuheben, daß die Kohlenkosten durchschnittlich mit S 174,20 pro T veranschlagt wurden, das ist ungefähr das 5fache des Preises von 1937.

Der durchschnittliche Gasverkaufspreis beträgt 32,9 g pro T, das ist nicht mehr als das $1\frac{1}{2}$ fache des Erlöses von 1937.

Im Finanzplan fällt zunächst die Erweiterung des Werkes Leopoldau um 44 Horizontalkammeröfen, mit einem Gesamtaufwand von rund 10 Millionen Schilling auf. Auch an eine Verbesserung und Erweiterung der Benzolanlage ist gedacht. Für die Anschaffung von 2.000 Gasmessern sind 2.000.000 Schilling vorgesehen.

Das Versorgungsgebiet der Wiener Gaswerke umfaßt rund 2 Millionen Haushalte mit 1.700.000 Personen. Große Bedeutung besitzt die Gewinnung von Benzol-Kohlen-Wasserstoffen. Es handelt sich um Ausgangsstoffe für die Herstellung von Medikamenten und Farbstoffen bzw. um Lösungsmittel, die in der österreichischen Industrie verwendet werden. Bei der Aufarbeitung des Erdgases wird mit ca $\frac{1}{2}$ Jahr ein Produkt gewonnen, aus dem sich durch Weiterverarbeitung Lösungsmittel für die Chemische Industrie, insbeson-

dere für die Lack- und Druckfarbenindustrie gewinnen lassen. Weitere Nebenerzeugnisse sind die aus dem sogenannten Ammoniakwasser hergestellten Produkte, namentlich Düngemittel, Salmiakgeist und ein Schwefelpräparat für die chemische Industrie, das aus der ausgebrauchten Gasreinigungsmasse gewonnen wird.

Bei den Wiener Verkehrsbetrieben ergibt sich ein wesentlich verändertes Bild, da es sich hier nicht um fabriksmäßige Erzeugung von Produkten handelt. Hier spielt der Personalaufwand die entscheidende Rolle im Wirtschaftsplan. Die Personalauslagen sind im Wirtschaftsplan 1948 mit über 117 Millionen Schilling angesetzt, gegen 65 Millionen im Vorjahre. Das Unternehmen rechnet heuer mit Gesamteinnahmen von 231 Millionen Schilling, gegenüber rund 140 Millionen im Jahre 1947. Es ergibt sich ein Jahresverlust von $3\frac{1}{2}$ Millionen Schilling.

Die Beförderungsleistung von Straßen- und Stadtbahn, Autobus- und O-Busbetrieb wird mit 547 Millionen Fahrgästen angenommen. Wenn wir den Finanzplan betrachten, so sehen wir weitgehende Vorkehrungen für eine verbesserte Verkehrsbedienung dieser außerordentlich weiträumigen und sich nach allen Seiten in das flache Land hinein entwickelnden Stadt. So ist die Anschaffung von 25 neuen Obussen vorgesehen, die von der einheimischen Industrie geliefert werden. Bei der Straßenbahn haben wir in erster Linie ein Reparaturprogramm. Sie finden aber im Finanzplan doch die Anschaffung von 50 neuen, zweiachsigen Triebwagen mit einem Kostenaufwand von 15 Millionen Schilling und 500.000 Schilling für Entwicklungsarbeiten für vierachsige Triebwagen. Sie finden weiter eine Post von 10 Renault-Autobussen, von denen bereits 6 in Wien laufen und der 7te für die nächsten Wochen zu erwarten ist.

Autobusse anzuschaffen ist überhaupt die Zukunftsplanung um eine gewisse, dem Verkehrsskandal langsam entwachsende Verkehrsbedienung der Wiener Bevölkerung bringen zu können. So haben die Wiener Verkehrsbetriebe bei der inländischen Industrie 30 Autobusse bestellt, wendige 1-Mann Wagen, für den Verkehr in der Innenstadt und für die Schnelllinie nach Floridsdorf. Bei den Saurerwerken sind 53 neue Dieselautobusse bestellt. Die einen sind mit 6 Millionen Schilling, die anderen mit 12 Millionen Schilling präliminiert. Vor Mitte 1949 kann jedoch auch mit dieser Lieferung nicht gerechnet werden, weil es an Eisen fehlt.

Auch die Wiener Verkehrsbetriebe beteiligen sich finanziell am Bau von Stromerzeugnisanlagen und zwar mit 6 Millionen an den Ennskraftwerken und mit 5 Millionen an dem Kraftwerk Ybbs-Parsenbeug.

Das Brauhaus der Stadt Wien kann man wohl im Rahmen der österreichischen Brauindustrie nicht als das größte Unternehmen dieser Art bezeichnen, es ist aber ein Großbetrieb. In seiner Erzeugungsfähigkeit steht er an zweiter Stelle der bestehenden 104 österreichischen Brauereien. Die Höchstkapazität ist rund 500.000 hl. Wir hoffen, genügend Gerste zugeteilt zu bekommen, um so wie in den zwei vergangenen Jahren ~~rund~~ 100.000 hl ausstossen zu können.

Der verhältnismäßig günstige Wirtschaftsplan ist nur so zu erklären, daß der gegenwärtige Biergrundpreis von 97.04 S (ohne Aufbauzuschlag) pro hl sich günstig auswirkt. So kommen wir zu einem veranschlagten Biererlös von über 6 Millionen Schilling und erhoffen einen Jahresgewinn von rund 100.000 Schilling.

Im Finanzplan findet sich eine Reihe von Anschaffungen, vor allem für Kraftwagen und für Gebinde.

Die Städtische Bestattung rechnet in diesem Jahr mit 20.000 eigenen Bestattungen. Es ergibt sich nach dem Erfolgsplan ein Jahresgewinn von 300.000 Schilling. auch dieses Unternehmen plant verschiedene, aus betrieblichen und sanitären Gründen notwendige bauliche Herstellungen und Reparaturen im Sargherstellungsbetrieb in Atzgersdorf sowie im Betriebsgebäude der Zentrale, Generalreparaturen von Kraftwagen und die Instandsetzung von anderem Inventar.

Die "Gewista" rangiert in der Reihe der Konkurrenzbetriebe, obwohl es sich faktisch um ein Monopolunternehmen handelt. Das Unternehmen ist mit rund 300.000 Schilling aktiv. Der Wirtschaftsplan weist einen Bruttoertrag von 3,500.000 Schilling auf. Für die Benützung öffentlichen Gutes zu Ankündigungszwecken ist eine Gebrauchsgebühr von 350.000 Schilling in Rechnung gestellt. Geschmackvolle Ankündigungsflächen, wie die um das Burgtheater, bezeugen, daß auch für die sogenannte "Galerie der Straße" ohne Beeinträchtigung des materiellen Gewinnes etwas geleistet werden kann. Es wird Sache und Aufgabe der Künstlerschaft und insbesondere der Innung der Werbegraphiker sein, durch geschmackvolle Entwürfe mitzuarbeiten.

Der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien ist passiv und zeigt deutlich, daß unser Preisgefüge noch lange nicht in Ordnung ist.

Es ist selbstverständlich, daß die Erfolgsrechnung von der schlechten Ernte beeinflusst ist. So brachte die Getreideernte 1947 nur 50% einer Normalernte. Im Wirtschaftsjahr 1947/48 gelangt eine Gesamtfläche von rund 4000 ha zur Bebauung. Rund 1700 ha werden für Getreideanbau verwendet, hauptsächlich für Winterweizen, Winterroggen und Sommergerste. Besonderes Gewicht wird auf den Anbau der Zuckerrübe gelegt werden, die mit einer Anbaufläche von 440 ha präliminiert ist. Für den Ankauf von 120 Kühen und 20 Zuchtochsen ist ein Betrag von $\frac{1}{2}$ Millionen Schilling erforderlich. Für 4 Traktoren werden 350.000 Schilling notwendig sein.

Der Betrieb rechnet für 1948 mit einem Gebarungsabgang von insgesamt 2,998.000 Schilling, einschließlich der Investitionen. Die Bedeckung erfolgt durch eine Kapitalserhöhung im Betrag von einer Million Schilling und durch den bei der Stadthauptkasse eingeräumten Kontokorrentkredit.

Der Acht-Stunden-Tag-Vertrag für die Landarbeiterschaft ist zwar noch nicht in Wirksamkeit getreten, faktisch arbeiten jedoch die Landarbeiter im städtischen Betrieb seit 1. März nur 8 Stunden (bisher 9 Stunden im März und 10 Stunden im April). Es ist hier eine außerordentliche Divergenz in der arbeitspsychologischen Einstellung zu konstatieren. Beim Kleinbetrieb dagegen, bei welchem Familienwirtschaft vorherrscht, ist es selbstverständlich, daß so lange gearbeitet wird, als es das Tagespensum erfordert. Und ich kann nicht umhin, die Behauptung aufzustellen, daß sich auf diese Weise eine Art Bodenreform im Wege der Evolution vorbereitet.

Der amtsführende Stadtrat für das Ernährungswesen, Sigmund, hat die Verfügung getroffen, daß die im Landwirtschaftsbetrieb der Gemeinde Wien gewonnenen Erzeugnisse unmittelbar den städtischen Anstalten und Spitälern geliefert werden.

Die Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg wird von der Gemeinde Wien als Treuhandverwaltung geführt. Das wesentliche Aktivum dieses Betriebes sind die Mieteinnahmen und das Erträgnis der Teichwirtschaft, das durch Einsetzen von Karpfen erzielt wurde. Der errechnete Jahresverlust von 87.000 Schilling findet in der Rücklage eine teilweise Deckung. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Lauscher (KPÖ) betonte, daß durch die Inbetriebnahme einer Reihe neuer Autobus- und Straßenbahnlinien der Bevölkerung ein großer Dienst erwiesen wurde. Die Ankündigung der Aufhebung der Stromsparmaßnahmen mit der nächsten Zählerablösung wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. In der Gasversorgung ist leider keine Verbesserung festzustellen. Allerdings wurde vor einigen Tagen in einer Wiener Tageszeitung über die Aufhebung der Gassperrzeiten ab Juni gesprochen. Es wäre wünschenswert, wenn Städttrat Dr. Exel zu diesem Bericht Stellung nehmen würde.

Außerordentlich bedauerlich ist, daß aus dem Voranschlag für die Monopolunternehmungen der Stadt Wien zu ersehen ist, daß keine Fortsetzung des großzügigen Wiederaufbaues erfolgen kann. Es besteht außerdem die Gefahr, daß ein Teil der geplanten Neuanschaffungen nicht durchgeführt werden kann. Die Währungsreform hat unseren Unternehmungen einen Verlust von 36 Millionen Schilling und die Sperrung von weiteren 36 Millionen Schilling gebracht. Auch die allgemeine Wirtschaftspolitik wirkt keineswegs fördernd auf die Weiterentwicklung und Modernisierung der städtischen Unternehmungen. Wir bekommen z.B. nicht die dringendst benötigten 2.900 t Eisen, obwohl ein Export von Eisen vorgesehen ist. Aus diesem Grund wird daher eine Verbesserung der Gleisanlagen und die Erneuerung der Fahrbetriebsmittel nicht möglich sein.

Der Redner erwähnte dann einige Mißstände, die die Arbeit der Straßenbahner sehr erschweren. Die Glasglocken der Beleuchtung der Straßenbahnwagen seien sehr verschmutzt und auch die Versorgung der Straßenbahner mit Monturen, insbesondere mit Hosen und Schuhen sei äußerst mangelhaft.

GR. Lauscher zeigte an Hand von Zahlen, daß die in den Wirtschaftsplänen der E-Werke eingesetzten großen Summen für Erweiterungen und Neuanschaffungen in keinem Verhältnis zu dem erzeugten Strom stehen. Die Erzeugung von Strom ist in den eigenen Wasserkraftwerken seit dem Jahre 1947 um 34% zurückgegangen. Auch bei den eigenen kalorischen Anlagen ist gegenüber 1947 ein Rückgang in der Stromerzeugung zu verzeichnen. Der Redner verlangte eine Aufklärung hierüber, und wies in diesem Zusammenhang auf die ungeheure Bedeutung für die Industrie von Wien und Umgebung, die Unabhängigkeit in der Stromerzeugung herzustellen.

Das Personal der E-Werke verlangt eine bessere Versorgung mit Arbeitskleidung. Auch wirke die bevorstehende Einstellung des Verleihens von Monturen sehr beunruhigend.

Bei den Gaswerken erwähnte GR. Lauscher, daß von vielen Seiten Kritik an den Pauschalanschlüssen geübt wird. Diese bringen den Gaswerken nicht nur große Verluste, sondern sind auch meist für den Verbraucher zu kostspielig.

Abschließend verlangte der Redner Aufklärung über das Schicksal des bereits am 11. Juni 1946 eingebrachten Antrages betreffend Übernahme der seit länger als 3 Jahren provisorisch Bestensteten der Leichenbestattung in ein Definitivum.

GR. Ing. Rieger (ÖVP) stellte zu Beginn seiner Rede fest, daß es in den beiden ersten Nachkriegsjahren manchemal berechtigt war, wenn seitens der Bevölkerung an den Einrichtungen der städtischen Unternehmungen Kritik geübt wurde, doch hätte sich seit einem Jahr auf diesem Gebiet alles sehr gebessert. (Beifall.)

Um für den weiteren Ausbau der städtischen Unternehmungen die notwendigsten Investitionen machen zu können, wäre nur der Weg einer Anleihe möglich, denn man könne eine Generation allein unmöglich die Lasten des Wiederaufbaues tragen lassen, sondern es müßten auch die künftigen Generationen etwas dazutun. Der Wiederaufbau der Stadt Wien ist durch das Fehlen eines Gesamtplanes sehr behindert. Ein solcher müßte alle wichtigen Probleme unter einem großen Gesichtspunkt verfolgen. Es müßte weit vorausschauend daran gedacht werden, in den zerbombten Stadtteilen neue Kraftzentralen zu errichten, Fernheizungsanlagen anzulegen und zum Beispiel auch die Straßenbahn aus dem Inneren der Stadt über den Gürtel hinaus zu verlegen, um so einen wendigen innerstädtischen Verkehr zu ermöglichen. Durch das Fehlen von 1.400 Trieb- und Beiwagen bei der Straßenbahn ergibt sich die Möglichkeit, bei Neuanschaffungen gleich an moderne Betriebsmittel zu denken. Es ist daher sehr zu begrüßen, wenn der Bau von vierachsigen Straßenbahnwagen in Aussicht genommen ist. Bis zur endgültigen Durchführung eines solchen Wiederaufbaues müsse man sich allerdings mit Zwischenlösungen zufrieden geben. Dazu gehöre die Intensivierung des Autobus- und Obusbetriebes. Auch für den Ausbau eines modernen innerstädtischen Verkehrs wäre die Einführung von Obuslinien

GR. Ing. Rieger regte an, bei der Inbetriebnahme neuer Straßenbahnlinien die Haltestellen dahingehend zu überprüfen, ob sie den Bedürfnissen der Bevölkerung noch entsprechen.

Die Wiener Elektrizitätswerke haben vorausschauend 22 Millionen Schilling, die Verkehrsbetriebe 11 Millionen Schilling für hydraulische Stromerzeugungsanlagen vorgesehen. In den kalorischen Werken muß es möglich sein, alle Arten Brennstoff zu benützen.

Die Wiener Gaswerke haben eine gewisse Stabilisierung der Lieferzeiten erreicht. Durch den Ausfall einiger Kompressoren bei der Erdgaszuleitung ist aber in letzter Zeit wieder eine gewisse Beeinträchtigung der Gaslieferung eingetreten. Die Ferngas A.G. wird leider nicht zur Gänze von den Wiener städtischen Gaswerken verwaltet, sondern gehört ihnen nur zu 24 1/2 Prozent. Weitere 24 1/2 Prozent sind Eigentum des Landes Niederösterreich und 51 Prozent gelten als Deutsches Eigentum. Die Gesellschaft hat aber nichts vorgesehen, um die nötigen Ersatzkompressoren bei Ausfall beschaffen zu können. Die Besitzverhältnisse müssen hier also schon deshalb in kürzester Zeit geklärt werden, um die Gasversorgung Wiens nicht zu gefährden.

Der Redner regte sodann an, daß die städtische Bestattung von einer amtsmäßigen Gebühreneintreibung absehen möchte.

Für das Brauhaus der Stadt Wien wäre eine Erhöhung der Gerstenzuteilung unerläßlich, weil mit den jetzigen Quantitäten die Kapazität nur zu 13 Prozent ausgenützt werden kann.

Dem Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien fehlen leider wegen Gold- und Futtermangel die Einnahmen aus der Viehhaltung. Sollte neuer eine bessere Ernte eintreten, so werden hoffentlich auch die benötigten Futtermittel zur Verfügung stehen, um eine Aufstockung des Viehstandes zu erreichen. Der Weinbau sei der einzige Aktivposten dieses Betriebes, doch wäre es von Vorteil gewesen, wenn die jetzt vollen Kellereien ihre Vorräte rechtzeitig abgestoßen hätten, womit das Defizit einigermaßen herabgesetzt hätte werden können. (Beifall.)

GR. Adelpoller (SPÖ) sagte, es sei erfreulich, daß zum XII. Hauptstück keine wesentliche Kritik geübt wurde. Er wandte sich dann gegen die Auffassung des GR. Lauscher, der bemängelte, daß die E-Werke zu viel Fremdstrom beziehen. Er verwies dabei auf die Tatsache, daß die gesamte Elektrizitätswirtschaft vor-

staatlich sei, und daß die Wiener kalorischen Werke zwar modernst ausgebaut werden sollen, aber trotzdem nur als Reserve gedacht sind.

Die Gaswerke müßten vor allem trachten, die Nebenprodukte noch mehr zu verwerten, und vor allem die pharmazeutische Industrie mit Rohstoffen zu versorgen.

Zu der Förderung, den Verkehr in den Arbeiterbezirken zu verdichten, sagte der Redner, daß man sich selbstverständlich darum bemühe, daß aber einstweilen die Mittel dazu nicht vorhanden seien. Er bemängelte die Reinigung der Wagen und der Stadtbahnstationen.

Der Redner gibt die Anregung gutes Bier zu erzeugen, das gegen Abgabe von Brotmarken verkauft werden soll. Es wäre vielleicht auch möglich, im Landwirtschaftsbetrieb der Gemeinde den Hopfenanbau zu fördern.

GR. Adelpoller wiederholte die Forderung, nach völliger Kommunalisierung des Bestattungswesens, sowie auf dem Ernährungssektor die Mühlen, die Bäckereien und Molkereien zu kommunalisieren wären. (Beifall bei den Sozialisten.)

Gegen das wilde Plakatieren müsse schärfer eingeschritten werden, weil das Stadtbild durch die überall klebenden Zettel verschandelt werde.

Die Landwirtschaftlichen Betriebe bezeichnete der Redner als das Sorgenkind, da sie noch immer mit einem Defizit arbeiten. Er stellte fest, daß die Agrarpreise im Augenblick tatsächlich zu niedrig seien, führte aber an, daß durch die weitgehende Mechanisierung in der Landwirtschaft mit der Senkung der Industriepreise trotzdem auch eine Verbilligung der Agrarpreise eintreten könnte und gleichzeitig der Achtstundentag für die Landarbeiter möglich wäre. Zur Unterstreichung seiner Ansicht führte er an, daß es im Jahre 1930 in der Landwirtschaft 50.000 Elektromotoren gab. 1939 waren es schon 88.000 und 1946 sogar 142.000. Verbrennungsmotoren gab es 19.000 im Jahr 1930 38.000 im Jahr 1938 und 44.000 im Jahr 1946. Die Zahl der Traktoren ist sogar von 1700 im Jahr 1939 auf 7.400 im Jahr 1946 gestiegen. Ähnliche Zahlen ergeben sich auch bei allen anderen landwirtschaftlichen Maschinen.

Zuschließend machte GR. Adelpoller auf den merkwürdigen Umstand aufmerksam, daß die Landwirtschaft gegenüber 1937 nur

20 Prozent dessen aufbringt, was wir zum Leben brauchen. Daran können nicht nur die Preise schuld sein. Die Schuld liegt vielmehr an den Ablieferungsabotcuren. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß mit der Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch die landwirtschaftlichen Betriebe der Stadt Wien aktiv sein werden (Beifall.)

In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat Dr. Exel, die Zeitungsmeldung über die Aufhebung der Beschränkung im Gaskonsum entspreche in dieser Form nicht den Tatsachen; sie gehe auf einen Vortrag des Direktors der Gaswerke zurück, daß man im Sommer nach Möglichkeit die Gasrohre Tag und Nacht unter Druck halten wolle, was dann wahrscheinlich bei ungefähr dem gleichen Kohlenverbrauch wie jetzt möglich sein werde, da im Sommer die Raumheizung mit Gas wegfalle. Der Heizwert des Gases beträgt nach wie vor 4.200 Kalorien. Das Absinken in der Stromerzeugung war nur auf den Wassermangel zurückzuführen, und die Situation hat sich durch die günstigeren klimatischen Verhältnisse nunmehr gebessert. Daß der Abgang der Unternehmungen in den Kassenbeständen seine Bedeckung findet, ist darauf zurückzuführen, daß infolge des Mangels an Material manche Investitionen nicht durchgeführt werden konnten und dadurch Barmittel erspart wurden. Nachdem aber nunmehr, von Eisen abgesehen, Materialien wieder zur Verfügung stehen, werden die Kassenbestände bald verbraucht sein. Für Gas und Elektrizität wird zwar in absehbarer Zeit keine Anleihe notwendig sein, wohl aber für die Verkehrsbetriebe, da sonst keine Möglichkeit besteht, den heruntergewirtschafteten Wagenpark wieder aufzustocken. Die Entscheidung, ob die Straßenbahn innerhalb des Gürtels verschwinden soll, ist außerordentlich schwer. Die Straßenbahn ist kein unmodernes Verkehrsmittel und steht besonders in Nordamerika im Dienste der Verkehrsbedienung. Jedenfalls muß das Problem zuerst geplant werden. Bei der Planung des Stephansplatzes wird jedenfalls schon jetzt auf die Erassenführung einer zukünftigen Untergrundbahn Rücksicht genommen. Bei der Umschaltung auf ein anderes Stromnetz werden auch die elektrischen Geräte umgeschaltet werden müssen, was bei den Radioapparaten verhältnismäßig schwierig sein wird. Die Führung der Ferngasgesellschaft ist der Verwaltungsgruppe XII vollkommen entzogen.

Auf Ersuchen wurde von den zuständigen russischen Stellen die Bereitwilligkeit erklärt, den österreichischen Stellen Minoritätsrechte einzuräumen, doch ist seit dieser Erklärung im Dezember vorigen Jahres noch keine weitere Mitteilung erfolgt. Das wilde Plakatieren wird in Zukunft streng bestraft werden.

Der Engpaß der Beschaffung von Membranen für Gasmesser ist dadurch überwunden, daß die zuständige Firma dieses Material von ihrer Muttergesellschaft im Frankreich bekommen hat. Es bedarf nur noch der notwendigen Mengen an Blech, um die Erzeugung von Gasmessern im Inlande aufzunehmen. Die Klagen wegen mangelhafter Reinigung der Straßenbahnwagen sind mit dem Vorbehalt aufzunehmen, daß im Jahre 1937 32.000 kg Putzlappen zur Verfügung standen, gegenwärtig nur 800 kg.

Die Ansätze dieses Hauptstückes werden zusammen mit den Wirtschaftsplänen der städtischen Unternehmungen einstimmig angenommen.

Nun gelangt als letztes das Kapitel "Bilanz und Bedeckung" zur Verhandlung.

Amtsführender Stadtrat Resch (SPÖ) stellte als Berichtserstatter namens des Stadtsenates folgenden Antrag:

- 1.) Der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1948 wird in seinem ordentlichen Teil mit Einnahmen von 800,326.850 S und Ausgaben von 861,563.360 S und in seinem außerordentlichen Teil mit Einnahmen von 815.000 S und Ausgaben von 80,362.000 S genehmigt.
- 2.) Der Gebarungsabgang ist durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen und allenfalls durch eine Kreditoperation zu decken.
- 3.) Die Ansätze der Posten: Hauptbezüge, Nebenbezüge, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, Sozialversicherungsbeiträge und sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.

Aus dem Ersparungsprogramm soll der Abgang des außerordentlichen Budgets gedeckt werden, u.zw. deswegen weil die Deckung dieses Abganges eigentlich Bundesangelegenheit ist und nur vorläufig durch die Gemeinde geschieht. Wir müssen uns Kreditoperationen vorbehalten, weil es in dieser Zeit der wirtschaftlichen Unsicherheit nicht vorauszusehen ist, ob die vorgesehenen Zahlen eingehalten werden können. Möglicherweise müssen schon in diesem Jahre Anleihen getätigt werden.

Auch heuer müssen wir trachten, daß die Personalansätze gegenseitig deckungsfähig bleiben, damit bei einer Veränderung der Personalstände keine Zuschußkredite erwirkt werden müssen. (Allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die zu diesem Punkt gestellten Anträge angenommen.

Am Schluß der Budgetdebatte führte der Vorsitzende Bürgermeister General Dr. h. c. Körner aus: "Hiermit ist wieder ein Verwaltungsjahr vorüber und mir obliegt es, wie alljährlich, allen jenen zu danken, die an der Gestaltung des Budgets teilgenommen haben."

Der Bürgermeister hob sodann die verantwortungsvolle, gewissenhafte und mühsame Arbeit der Männer und Frauen in den Ausschüssen des Gemeinderates hervor und daß sie hier in den Budgetsitzungen die Krönung ihrer Arbeit finden. Den Stadträten und insbesondere dem Finanzreferenten, Stadtrat Resch, gebühre für die geleistete Arbeit besonderer Dank.

Mit warmen Worten dankte der Bürgermeister auch dem Magistratsdirektor Dr. Kritscha, Obersenatsrat Dr. Gall, Senatsrat Dr. Binder, O.A.R. Schneider, Kontrollamtsdirektor Dr. Leppa, Stadtbaudirektor Dr. Gundacker und ihren Mitarbeitern, sowie den Stenographen, der Pressestelle und der gesamten Wiener Presse.

Der Bürgermeister schloß seine Ausführungen mit einem herzlichen Dank an die Wiener Bevölkerung, die mit so viel Geduld die Schwierigkeiten unserer Zeit ertrage. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

Eine Reihe von Gegenständen der restlichen Tagesordnung des Gemeinderates konnte der Bürgermeister ohne Wortmeldung als beschlossen erklären. Darunter befinden sich ein umfangreicher Bericht über Budgetüberschreitungen in den Jahren 1946 und 1947 im Ausmaß von rund 78 Millionen Schilling, Subventionen der Gemeinde für die Wiener Sängerknaben, die Förderung des Körpersports und die Finanzierung der Frühkartoffel-Vorkeimaktion sowie mehrere Änderungen und Ergänzungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen. Ohne Debatte genehmigte der Gemeinderat außerdem die Errichtung eines Wasserkraftwerkes in Wildalpen, das überflüssiges Wasser aus der zweiten Hochquellenwasserleitung für die Stromerzeugung verwendet.

Das Gesamtkostenerfordernis für diesen Bau beträgt 950.000 S. Ferner beschloß der Gemeinderat eine Neufestsetzung der Verpflegungsgebühr für in Familienpflege befindliche Geisteskranke der Wiener Heil- und Pflegeanstalten, sowie der Marktgebühren in den Wiener städtischen Markthallen.

Unterbrechung des Sitzungsberichtes

Das Getränkesteuergesetz in Druck erschienen =====

Das 6. Stück des "Landesgesetzblatt für Wien" vom 25. März enthält die Neuverlautbarung der Getränkesteuerordnung der Stadt Wien und die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 24. Februar 1948 zur Durchführung des Getränkesteuergesetzes für Wien. Das Blatt ist um 50 Groschn im Drucksortenverlag des Wiener Rathauses, 7. Stiege, Halbstock, und in der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien 3., Rennweg 12a, erhältlich.

Glimpflicher Ablauf eines Einsturzes =====

Beim Aufbau einer bombenbeschädigten Wohnung in Wien 10., Götzgasse 14, durch die Firma Lang & Co., Wien 8., Piaristengasse 2, stürzte heute um 10 Uhr vormittag im Verlaufe von Sicherungsarbeiten eine Dippelbaumdecke zwischen Parterre und dem ersten Stock ein, wodurch drei Arbeiter verschüttet wurden. Zwei der Verschütteten konnten von ihren Arbeitskollegen sofort befreit werden, der dritte Arbeiter wurde von Mannschaften der Hauptfeuerwache Favoriten geborgen. Es handelt sich um den 24-jährigen Maurer Wilhelm Ulreis, Wien 2., Taborstraße 24, den 36-jährigen Maurer Rudolf Repesch, Wien 10., Neillreichgasse 105 und den 34-jährigen Maurer Franz Repesch, Wien 10., Rotenhofgasse 5. Alle drei Verschütteten erlitten nur leichte Verletzungen. Der Rettungsdienst leistete ihnen erste Hilfe und konnte sie dann in häusliche Pflege entlassen.

Zur Fischausgabe
=====

Zur Erfüllung der noch offenen Ansprüche gelangen in den nächsten Tagen nur noch Makrelen zur Auslieferung.

Für die Zubereitung dieses wohlschmeckenden Fisches werden folgende Rezepte empfohlen:

Gekochte Makrelen. Ein knapper Salzwassersud wird mäßig mit Essig gesäuert und mit etwas Tymian und Lorbeer gewürzt. Nach dem Aufkochen legt man die Makrelen ein, läßt zugedeckt aufkochen und ganz langsam 15-20 Minuten weiterkochen. Die Fische werden vom Sud gehoben, gut abgetropft und mit Erdäpfelpüree oder Salat aufgetragen. /

Makrelen mit Paradeissaft. Kochfertig vorbereitete Makrelen werden gesalzen, gewürzt und beiderseitig trocken in Mehl getaucht. Dann legt man die Fische in gut erhitztes Fett und brätet sie langsam hellbraun. Hernach hebt man die Fische vom Fett, röstet darin für je einen Fisch einen gehäuften Kaffeelöffel Paradeispüree, würzt mit Zucker, Essig und Salz und gießt mit Wasser zu einem dünnen Saft auf. Nach dem Aufkochen werden die Makrelen mit der Rückenseite nach oben eingelegt 12 bis 15 Minuten langsam gedünstet.

Entfallende Sprechstunde
=====

Am Mittwoch, den 31. März, entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde des amtsführenden Stadtrates

Dr. Expl.

Fortsetzung des Sitzungsberichtes
=====

Zu Beginn der Nachmittagssitzung des Wiener Gemeinderates referierte Stadtrat Resch (SPÖ) über die Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer und der Gewerbesteuer. Die Vorlage sieht vor, daß die Grundsteuer ab 1. Jänner 1948 um 100 Prozent erhöht wird. Derzeit ist es so, daß die Grundsteuer in Wien mit dem Einfachen des Hebesatzes eingehoben wird, bei Grundstücken mit dem ungefähr Zweifachen. In der großen Mehrzahl der Wiener Grundstücke und des Immobilienbesitzes wird die Grundsteuer nach dem Erstarrungsbetrag eingehoben. Nun hat das Finanzausgleichsgesetz eine Ermächtigung ausgesprochen, womit sämtliche Gemeinden die Möglichkeit haben, aus eigenem diesen Hebesatz zu erhöhen, mit der Absicht, auf diese Art eine Sanierung der Gemeindehaushalte zu unterstützen. Wenn die Stadt Wien von dieser Ermächtigung Gebrauch macht, dann tut sie es nicht deswegen, damit die Chance nicht unausgenützt bleibt, sondern weil sie diese Erhöhung dringend zur Deckung ihres Abganges benötigt. Durch die Erhöhung der Grundsteuer wird ein Mehrertrag von 48 Millionen Schilling erwartet. Der Entschluß ist nicht leicht gefallen. Wenn diese Erhöhung dennoch durchgeführt wird, dann war dafür maßgebend, daß die Grundsteuer in ihrer heutigen Höhe noch unter der Grundsteuer von 1938 liegt. Ein weiterer Grund dafür ist, daß diese Steuer sozialgestaffelt ist. Die Grundsteuer enthält als wesentlichen Teil die alte Wiener Wohnbausteuer. Auch durch ihre Verdoppelung wird noch immer die Progression aufrecht erhalten, das heißt, die ärmeren Schichten werden weniger betroffen, als die Besitzer von Großwohnungen. Für eine Zimmer-Küche-Wohnung, die im Frieden 348 Goldkronen kostete, wird nach der Verdoppelung ein Mehrbetrag von 1.75 Schilling im Monat zu zahlen sein. Die Erhöhung beträgt bei einer Zimmer-Küche- und Kabinett-Wohnung mit früher 564 Goldkronen 2.35 Schilling, bei einer zwei Zimmer- und Küchewohnung mit 600 Goldkronen 2.91 Schilling, bei einer Großwohnung mit früher 1.000 Goldkronen 5 Schilling und bei einer solchen mit 1.200 Goldkronen Friedenszins 6.60 Schilling. Es ist richtig, daß sich die Progression bei größeren Wohnungen verhältnismäßig stark auswirkt und es besteht daher die Möglichkeit, daß sich daraus Konsequenzen ergeben, die für das Wohnungsamt der Stadt Wien erfreulich sein werden. (Beifall).

Die Gewerbsteuer war seit 1938 eine der Hauptstützen der Gemeindefinanzen. Im Jahr 1945 war ihr Ertrag noch mit 110 Millionen im Budget eingesetzt, während wir für dieses Jahr nur noch 50 Millionen berechnen können. Die Ursachen für diesen Rückgang liegen vor allem im Aufhören der Kriegs- und Rüstungsindustrie, aber auch in der geringeren Produktionskapazität überhaupt. Durch die Ermächtigung des Finanzausgleichsgesetzes kann die Steuer um 20 Prozent erhöht werden, sodaß sich für uns also ein Mehrertrag von 10 Millionen ergeben wird. Gemeinsam mit der Grundsteuer erwarten wir einen Ertrag von 58 Millionen Schilling, sodaß im wesentlichen der Budgetabgang im Ordentlichen Haushalt bedeckt sein wird.

Für die Auswirkungen der Erhöhung der Gewerbsteuer führte Stadtrat Resch einige Beispiele an: Ein Kleingewerbetreibender mit einem Gewerbeertrag von 3000 Schilling und einem Kapital von unter 3000 Schilling wird durch die Erhöhung auf das Jahr gerechnet 12 Schillinge mehr bezahlen müssen. Für einen Gewerbetreibenden mit einem Gewerbeertrag von 5000 Schilling und einem Gewerbekapital von 4000 Schilling beträgt die Erhöhung im Jahr 44 Schilling. Bei einem Betrieb mit einem Ertrag von 10.000 und einem Kapital von 7000 Schilling würde die Erhöhung 167 Schilling ausmachen und bei einem Großbetrieb mit einem Ertrag von 50.000 Schilling und einem Kapital von 30.000 Schilling wird die Erhöhung der Gewerbsteuer 1190 Schilling im Jahr betragen. Auch hier sind die Auswirkungen zwar drückend, aber nicht unerträglich. (Zwischenruf bei der ÖVP: Das werden wir ja sehen!) Im Interesse der sozialen Verpflichtungen der Gemeinde schloß StR. Resch, sind diese Erhöhungen notwendig. Ich bitte daher, der Vorlage Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

GR. Dr. Soswinski (KPÖ) bezeichnet es als Aufgabe der Gemeinde Wien, Vorkämpfer einer sozialen Finanzgesetzgebung zu sein. Anstatt daß wir uns an die Spitze eines Kampfes stellen, führt er aus, der derartige unsoziale Gesetze verhindert; sind wir in Wirklichkeit Einpeitscher einer solchen Praxis.

Wir müßten die Erfinder neuer Steuern sein, die sich ausschließlich gegen die Besitzenden richten. Ein grundsätzlicher Einwand gegen die Erhöhung der Grundsteuer ist der, daß sie auf die Mieter überwälzt wird und dadurch eine Erhöhung des Mietzinses verursacht. Redner hält es gerade in dem Zeitpunkt, da sich die Feinde des Mieterschutzes sammeln, äußerst gefährlich, am Mietzins zu rütteln. Die Grundsteuer ist nicht sozial. Sie setzt sich aus der Mietaufwandsteuer, der Hausgroschenabgabe und der Zinsgroschensteuer zusammen. In der alten Grundsteuer steckt die Wohnbausteuer, die starr progressiv gestuft ist. Das hat zur Folge, daß bei einer Steigerung des Mietraumes auf das Dreifache die Steuer unter Umständen auf das Sechsfache gestiegen ist. Durch eine Verdoppelung der Grundsteuer wird auch diese soziale Ungerechtigkeit verdoppelt. Man begibt sich auch hier wieder auf die Linie des geringsten Widerstandes und behandelt diese Probleme sehr schematisch. Man könnte die drei Teile der Grundsteuer einer verschiedenen Behandlung unterziehen, indem man zum Beispiel die Steigerung nur bei der Mietaufwandsteuer durchführt, nicht aber bei den anderen Teilen. Das hätte zur Folge, daß man bei der Kleinstwohnung weniger als nach dem gegenwärtigen Vorschlag zahlen muß. Während die alte Wohnbausteuer zweckbestimmt war und für Wohnbauten verwendet werden mußte, ist dies bei der Grundsteuer nicht der Fall, sie soll für die Deckung des Defizites verwendet werden. Es ist aber damit zu rechnen, daß bei Fortgang der derzeitigen Wirtschaftspolitik die vorgesehenen Ertragsteile nicht eingehen werden, daß Einsparungen vorgenommen werden müssen und damit die Erhöhung der Grundsteuer keinesfalls in die allgemeine Verwaltung einfließen wird. Die Zweckbestimmung ist hiemit nicht gegeben. Wenn die Erhöhung bei den Kleinstwohnungen künftig auch nur eine monatliche Belastung von 1,75 Schilling ausmacht, so ist doch die Belastung bei einer Vierzimmerwohnung mit 8,40 Schilling im Vergleich der Einkommen der Bewohner verhältnismäßig noch immer weit geringer. Da die Erhöhung rückwirkend mit 1. Jänner 1948 eintreten soll, wird sich beim nächsten Zinstermin für die arbeitende Bevölkerung eine fühlbare Belastung ergeben. Aus allen diesen Gründen wird die kommunistische Fraktion nicht für die Erhöhung der Grundsteuer stimmen.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer wird sich auch auf den Konsumenten auswirken. Es ist nicht begründet, daß das wieder linear geschieht und man nicht versucht, den wirtschaftlich Schwächeren eine geringere Last aufzuerlegen. Die kommunistische Fraktion wird daher für die Erhöhung der Gewerbesteuer stimmen. Redner stellt den Antrag, die in einem Tagesordnungspunkt zusammengefaßten Erhöhungen nach Grundsteuer und Gewerbesteuer getrennt zur Abstimmung zu bringen.

GR. Dr. Hohl (ÖVP) betonte, daß die Fraktion der ÖVP nach langen Beratungen die Zustimmung zur Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer gegeben hat. Auch bei diesen Erhöhungen wird ein Weg beschritten, der nach Auffassung der ÖVP nicht der richtige ist, um die Finanzpolitik der Gemeinde Wien zu führen. Wir sind der Auffassung, daß außerordentliche Ausgaben außerordentliche Planungen erfordern. Diese sind leider bei der Gemeinde Wien nicht vorherrschend.

Der Redner erwähnte dann die Umstände, die zur Annahme der beiden Steuererhöhungen geführt haben. Sie decken nur einen Teil des Abganges, u. zw. den Abgang des ordentlichen Budgets. Den Rest des Defizites wird der Finanzreferent in Form von Kreditoperationen decken. Das ist ein besserer Weg, als Bilanzabgänge durch Steuererhöhungen zu decken. Ein weiterer Umstand, der für die Annahme der Steuererhöhungen spricht, ist, daß diese zeitlich begrenzt sind. Sie sind im Finanzausgleichsgesetz vorgesehen und werden nach Ablauf, also nach einem Jahr, nicht mehr eingehoben werden. GR. Dr. Hohl hätte es begrüßt, wenn Stadtrat Resch diese Erklärung auch in seinen Ausführungen erwähnt hätte. ~~Es ist getrennt zur Abstimmung~~ Die Präliminierung der Grundsteuer sei eine äußerst vorsichtige gewesen. Das Erträgnis des Jahres 1946 an Grundsteuer habe rund 54 Millionen Schilling ergeben, demgegenüber ist im Voranschlag des Jahres 1948 nur ein Erträgnis von 48 Millionen Schilling angenommen worden. In der Zwischenzeit ist die Zahl der Grundsteuerpflichtigen Wohnungen aber keineswegs niedriger geworden, im Gegenteil. Im Jahre 1947 sind die Grundsteuerbefreiungen für einige Wohnungen aufgehoben worden. Dies ist nicht richtig und der Redner hofft, daß in kürzester Zeit ein Gesetz beschlossen wird, durch das die Grundsteuerbefreiungen wieder eingeführt werden, den Steuererhöhungen geführt haben. Sie decken nur einen Teil des Abganges, u. zw. den Abgang des ordentlichen Budgets.

Bei der Gewerbesteuer ist eine Anzahl von Steuerpflichtigen herangezogen worden, für die tatsächlich keine Steuergrundlage besteht. Der Herr Finanzreferent solle hier streng zwischen echten und Scheingewinnen unterscheiden. Die Stadtgemeinde Linz hat sich in einer Sitzung entschlossen, einen Antrag der ÖVP anzunehmen, der der Wirtschaftslage der kleineren Gewerbetreibenden Rechnung trägt. In diesem Zusatzantrag wurde einstimmig beschlossen, daß Wirtschaftstreibende mit einem Einkommen bis 2.400 S zur Gänze von der Gewerbesteuer befreit sind und bei Wirtschaftstreibenden mit 7.200 S Einkommen eine Ermäßigung der Gewerbesteuer um 15% vorzusehen. Es wäre empfehlenswert, ähnliche Verfügungen auch bei uns im laufenden Wirtschaftsjahr einzuführen.

Abschließend bemerkte GR. Dr. Hohl daß seine Fraktion die Notwendigkeit der finanziellen Bedeckung dieses Budgets erkenne und aus dem Titel der Mitverantwortung restlos bereit ist alles zu tun, was geeignet ist, den Wiederaufbau unserer Stadt möglichst bald zu einem günstigen Ziele zu führen. (Beifall.)

GR. Marek (SPÖ) versicherte, daß die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer und Gewerbesteuer reiflich überlegt und im Finanzausschuß sorgsam beraten wurde. Die sozialistische Fraktion wäre sich dessen bewußt, daß diese Erhöhung eine fühlbare Belastung für die Gewerbetreibenden und auch für die Mieter bedeutet. Tomm aber in der vergangenen Budgetdebatte festgestellt wurde, daß die Stadt Wien ein Defizit von 60 Millionen aufzuweisen hat, dann muß auch ein Weg gefunden werden, um diesen Abgang zu decken. Weder auf dem Gebiet der Fürsorge, noch auf dem der Wohnbautätigkeit kann eine solche Einsparung gemacht werden. So stellt denn dieser zu erwartende Betrag von 48 Millionen Schilling einen Solidaritätsbeweis der Wiener Mieter und Gewerbetreibenden dar, deren Wohnungen und Lokale verschont bleiben. Doch wird damit die Möglichkeit gegeben, den Wohnungsbau endlich in Angriff zu nehmen und in bescheidenen Maße durchzuführen. In dieser Erkenntnis übernimmt die sozialistische Partei die Verantwortung für die Erhöhung der beiden Steuern. (Beifall.)

In seinem Schlußwort stellt Stadtrat Resch fest, daß sich die Ausführungen des GR. Marek restlos mit den seinen decken. Er könne sich daher darauf beschränken, Mißverständnisse aufzuklären.

Zu der Ansicht des GR. Maller, daß diese Erhöhungen sozial unsozial seien, und man versuchen müsse, ein neues Steuersystem zu konstruieren, bemerkte StR. Resch, daß wir gegenwärtig weder die Zeit noch die Freiheit hätten, die Steuergesetzgebung umzugestalten und zu einer direkten Wohnbausteuer zurückzukehren. Der verspätete Beschluß des Finanzausgleichsgesetzes machte jetzt erst das Budget möglich. Und auch politisch ist es noch zu früh, von einer Neugestaltung der Steuern der Gemeinde zu sprechen. Außerdem liegt hier durchaus keine Mehrbelastung der Mieter gegenüber früher vor, denn durch die Entwicklung der Währung sind seit 1937 die Löhne um das doppelte gestiegen. Der prozentuale Anteil der Grundsteuer macht aber heute weniger aus als damals.

Zu den Ausführungen des GR. Hohl bemerkte der Referent, daß er sich an die falsche Stelle gewandt habe, denn die Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer sind keineswegs eine Erfindung der Gemeinde Wien, sondern vom Bund dazu bestimmt, um das Defizit der Gemeinden zu decken. Es wäre also nicht ratsam von der Möglichkeit der Steuererhöhung keinen Gebrauch zu machen.

Auch der Vorwurf wegen der Grundsteuerbefreiung ist an die falsche Adresse gerichtet, weil man das betreffende Gesetz mit Wirkung vom März des vergangenen Jahres einfach ablaufen ließ. Die Gemeinde mußte daher die Besteuerung solcher Objekte wieder vornehmen. Wenn daher heute die Gemeinde dem Antrag der Regierung zustimmen würde, die Grundsteuerbefreiung wieder einzuführen, so müßten wir die in alten Schillingen bezahlten Steuern in neuen zurückzählen. (GR. Hohl ÖVP: Habe ich nicht verlangt.) Aber die Regierung verlangt es.

Auf die Vorwürfe bezüglich der Gewerbesteuer antwortete StR. Resch mit dem Hinweis darauf, daß die Gewerbesteuer gleichfalls von der Bundesfinanzbehörde vorgeschrieben wird und die Gemeinde nur den Hebesatz zu bestimmen habe. Diese Tatsache und, daß das Wiener Gesetz einen einheitlichen Hebesatz für alle verschiedenen Gewerbebetriebe vorschreibt, macht es gesetzlich unmöglich zu tun was Linz getan hat.

StR. Resch stellt dann fest, daß die Gemeindeverwaltung selbst das Empfinden hat, daß die Erhöhung der Grundsteuer besonders in dieser Zeit ungünstig auf die Bevölkerung wirken wird.

Man hat daher nach einem Ausweg gesucht um einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Deshalb soll vom Gemeinderat demnächst die Verbilligung der Wochenkarte beschlossen werden. Bei einer Arbeiterfamilie, die zum Beispiel 2 Wochenkarten benützt, macht diese Verbilligung 2,50 Schilling aus. Dadurch würde die Erhöhung der Grundsteuer bereits kompensiert. Damit hat die Gemeindeverwaltung und vor allem die Mehrheitspartei in diesem Haus bewiesen, daß sie jeden Weg zu gehen bereit ist, um den minderbemittelten Bevölkerungsschichten dieser Stadt zu helfen.

Man muß den Mut haben, sagte Stadtrat Resch abschließend, der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen; und die ist, daß die Kosten des sozialen Wohnhausbaues nicht ohne eine Belastung der gesamten Bevölkerung gedeckt werden können. Es ist unmöglich, dies allein durch eine Besteuerung der reichen Schichten zu erreichen. Alle werden zum Wiederaufbau beitragen müssen und dann wird es auch möglich sein, das Ziel, den Wiederaufbau Wiens, zu erreichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der darauffolgenden Abstimmung die in einem vorgenommenen wird, wird die Vorlage mit Mehrheit, bei Stimmenthaltung der Kommunisten, angenommen.

Stadtrat Novy (SPÖ) berichtet hierauf über eine Abänderung und Ergänzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für den Volksprater in II. Bezirk. Er führt aus, die Gemeinde Wien habe es als ihre Aufgabe betrachtet, den Wiener Volksprater in einen der heutigen Zeit würdigen Zustand zu setzen. Dazu ist eine Änderung des Flächenwidmungsplanes notwendig, die der Stadtsenat bereits beschlossen hat und um deren nachträgliche Genehmigung der Berichterstatter den Gemeinderat ersucht.

GR. Dr. Altmann (KPÖ) schlägt vor, am Eingang in den Volksprater in dem Dreieck Ausstellungsstraße-Reichsbrückenstraße-Venediger-Au einen Park zu schaffen und in Verfolgung einer aus den Kreisen der Jugend kommenden Anregung die Wiedererrichtung des Praters gleichzeitig zur Schaffung eines Kulturparkes - unter Beibehaltung der Volksbelustigungsstätten - zu benützen, der der arbeitenden Bevölkerung Wiens Erholung bieten könne.

Stadtrat Novy verweist in seinem Schlußwort auf die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die auf dem Pratergelände gesessenen Interessenten. Der Prater wird auf alle Fälle ein anderes Bild bieten, als der alte Volksprater, und zwar nicht nur im Interesse der Wiener Bevölkerung, sondern auch im Interesse der Stadtverwaltung.

Der Gemeinderat genehmigt die Abänderung des Flächenwidmungsplanes.

Stadtrat Novy (SPÖ) referierte sodann über die Errichtung von neuen Siedlungen. Er nahm Bezug auf die abgelaufene Budgetdebatte, in der rund 93 Millionen Schilling für Neubauten beschlossen wurden. Er wies darauf hin, daß einige Vorhaben bereits geplant sind und nun zur Durchführung kommen. Der restliche Teil ist in Planung und wird heuer begonnen werden, so daß im Jahre 1948 insgesamt 1.200 bis 1.500 Häuser gebaut werden. Dazu gehöre auch eine Siedlungsanlage in Stadlau, mit insgesamt 302 Wohnungen. Die Kosten dafür werden 19,320.000 Schilling betragen. (Lebhafter Beifall.)

GR. Kammermayer (ÖVP) begrüßte es, daß die Stadt Wien so großes Augenmerk auf den Bau von Siedlungshäusern legt und stellt fest, daß die künftige Entwicklung dieser Stadt eine intensive Tätigkeit auf diesem Gebiet verlangen wird. Es wird auch notwendig sein, den Verkehr danach einzurichten, damit solche Siedlungen rascher erreicht werden können.

Doch soll der Siedlungsbau keine Monopolstellung der Gemeindeverwaltung sein. Es wäre zu begrüßen, wenn auch wieder private Gruppen sich mit der Errichtung von Siedlungshäusern beschäftigen könnten. Angestellte und Arbeiter sparten ^{früher} bei Siedlungsgenossenschaften und kamen so in den Besitz eigener Häuser. Der Redner schlug vor, daß auch für solche Siedler wieder Flächen gewidmet werden. Durch Mitarbeit des Siedlers könnten die Baukosten erheblich gesenkt werden. Durch Beistellung moderner Baumaschinen und durch Einführung materialsparender Bauweisen könnte eine weitere Verbilligung erzielt werden. Der Redner bat dafür zu sorgen, daß bei künftigen Planungen auch an die Unterbringung von Lokalen privater Geschäftsleute gedacht wird. Da die Mehrzahl der Bevölkerung aus Katholiken besteht, wäre bei der Planung größerer Anlagen auch auf die Errichtung von Kirchen Bedacht zu nehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Johann Svoboda (SPÖ) begrüßte den Antrag, den Bau von Siedlungsanlagen in Auftrag zu geben, denn dadurch werden die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt wesentlich erleichtert werden.

Die gesamte Mieterschaft unserer Stadt ist überzeugt, daß die Gemeindeverwaltung treu zu ihrem Grundsatz steht, daß der soziale Wohnhausbau notwendig ist, um den Mieterschutz zu sichern. Wenn ein Vertreter der ÖVP-Fraktion das gleiche Aussehen der Siedlungshäuser bemängelt hat, so möchte der Redner nur an die Unterschiede der Bauten vor dem Jahre 1934 und nach dieser Zeit erinnern. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) Die sozialistische Mehrheit des Gemeinderates bürgt dafür, daß der soziale Wohnhausbau wieder so entwickelt wird, wie vor 1934. Die heutige Sitzung liefert bereits den Beweis: Dem Beschluß folgt bereits die Tat!

In seinem Schlußwort betonte Stadtrat Novy, daß im Programm des Jahres 1948 nicht nur der Bau der Siedlung in Stadlau mit 302 Wohnungen geplant ist, sondern auch die Fertigstellung des ersten Bauleses der Hansson-Siedlung in Favoriten mit 300 Wohnungen, eine Siedlung in Hirschstetten, die Erweiterung der Siedlung Freihof in Kagran und der weitere Ausbau der Siedlung in Rodaun vorgesehen und bereits beschlossen ist. Es muß aber auch festgestellt werden, daß der Bedarf an Wohnungen viel größer ist, so daß wir ihn heute mit unseren finanziellen Mitteln gar nicht befriedigen können. Die Heranbringung der Verkehrsmittel an die Siedlungen erfordert Ausgaben, die in die Bauvorhaben eingerechnet werden müssen. Die Frage, ob Hochbauten oder Siedlungsbauten an der Peripherie von Wien errichtet werden sollen, stand schon zu einer Zeit zur Debatte, als die Gemeinde mehr als heuer zu bauen imstande war. Auch damals war es eine finanzielle Frage, ob es nicht besser wäre, mit denselben Mitteln einige hunderte Wohnungen im Stadtgebiet statt weniger Siedlungshäuser zu bauen. Heute sind die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt so schlecht, daß man auch mit wenigen Dutzenden Wohnungen rechnen muß. Es sei eine Illusion, zu glauben, daß wir den Siedlungsbau in demselben Ausmaß wie in der Vergangenheit weiter führen können, obwohl wir im Interesse der Gesundheit unserer Stadt alles Interesse daran haben müßten, den Siedlungsbau besonders zu betreiben. Während die Kosten für das Baumaterial auf das Sechs- bis Achtfache gestiegen sind, stiegen die Bauarbeiterlöhne nur auf das Zweieinhalbfache.

Zu den Einwänden des GR. Kammermayer, betreffend Errichtung von mehr Geschäftslokalen in den Siedlungsanlagen und die architektonische Ausgestaltung dieser Siedlungen, weist der Berichterstatter darauf hin, daß diese Einwände in dem zuständigen Gemeinderatsausschuß, dem auch GR. Kammermayer angehört, hätten vorgebracht werden können, daß aber dort die Projekte einstimmig angenommen wurden. Wir bedauern es, schloß der Berichterstatter, daß wir nicht imstande sind, ein größeres Wohnbauprogramm mit mehr Wohnungen zum Beschluß vorzulegen, wir stellen aber als Mehrheit in diesem Saale fest, daß das, was auf Grund der finanziellen Mittel, der Materialzuteilung und der vorhandenen Arbeitskräfte in dieser Stadt an sozialem Wohnhausbau möglich ist, von uns im heurigen Jahr und hoffentlich in den kommenden Jahren im verstärktem Ausmaße geleistet werden wird. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Der Antrag des Berichterstatters wird einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erledigt und die Sitzung wird um 17 Uhr geschlossen.

Sitzung des Wiener Landtages

=====

Im Anschluß an die Gemeinderatssitzung trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz von Präsidenten Dr. Neubauer zusammen, um das Sportgroschengesetz und ein Gesetz über die Gefrorenensteuer zu beraten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte StR. Resch (SPÖ). Er stelle fest, daß die Sportanlagen und Sporteinrichtungen in Wien durch die Kriegereignisse und vor allem durch Bombenschäden schwere Zerstörungen erlitten haben. Die Mittel zur Behebung dieser Schäden übersteigen jedoch oft die Leistungsfähigkeit der betreffenden Organisationen. Auch mit öffentlichen Mitteln konnte hier keine genügende Abhilfe geschaffen werden. In der Erkenntnis dieser Tatsache haben daher verschiedene Sportorganisationen in einer Akt sportlicher Solidarität den Sportgroschen eingeführt. Leider beteiligten sich nicht alle Organisationen an dieser Aktion und zum Teil gerade jene nicht, die kapitalkräftig waren. Es wurde daher angeregt, diese Abgabe durch Gesetz obli-

gatorisch zu machen. Die Gemeinde hat sich lange dagegen gesträubt, weil ja das Erträgnis der Abgabe nur sportlichen Zwecken dienen soll und die Gemeinde deshalb nur die gesteigerte Verwaltungsarbeit gehabt hätte. Es wurde jedoch ein Weg gefunden, um die Verwaltungsarbeit auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Die Einhebung des Sportgroschen konnte auf das engste mit der Vergnügungssteuer verbunden werden. Die Bemessungsgrundlage ist die gleiche wie bei der Vergnügungssteuer, sodaß auch für die Abgabepflichtigen eine getrennte Buchhaltung wegfällt.

Durch die enge Verbindung mit der Vergnügungssteuer ergibt sich aber auch eine Besteuerung der Konsumation bei sportlichen Veranstaltungen. Diese ist jedoch sehr gering.

Der Referent führte dann einige Beispiele für die Höhe der Sportgroschenabgabe bei Konsumationen an: Für eine Literflasche Wein zum Preis von 24 Schilling macht die Abgabe 33 Groschen aus; für ein Krügel Bier 2 Groschen, und für ein Glas Limonade oder Sodawasser 1 Groschen. Für ein belegtes Brot zum Preis von 1.50 Schilling sind 2 Groschen als Abgabe zu entrichten und für ein Stück Mehlspeise zum angenommenen Preis von 2.50 Schilling, 5 Groschen.

Am Schluß seiner Ausführungen bat StR. Resch um die Annahme der Gesetzesvorlage, die eine wirtschaftliche Notwendigkeit für den Sport darstelle, aber auch für die körperliche Ertüchtigung unserer Jugend erforderlich sei. (Beifall).

Abgeordneter Dr. Soswinski (KP) wies darauf hin, daß der Gedanke der Sportgroschensteuer ursprünglich von den Sportorganisationen ausgegangen ist und daß es daher die Pflicht des Steuereinnehmers sei, diesen ein weitgehendes Recht bei der Verteilung der Gelder zu geben. Er stellte zwei entsprechende Änderungsanträge.

Abgeordneter Bauer (ÖVP) stellte fest, daß es in Wien 150 Sportanlagen gibt, darunter nicht nur Fußballplätze, sondern auch viele Kindersportplätze, Eislaufplätze, u.s.w.. Im Fußballsport werden bekanntlich bedeutende Einnahmen erzielt, die für die Vereine auch sehr notwendig sind, weil es ja zum Beispiel auch eine Pflicht des Fußballsports ist, Spieler heranzuziehen, um so den Ruf des österreichischen Fußballsports aufrechtzuerhalten.

Daneben wird es aber durch dieses Sportgroschengesetz nun möglich, daß diese Vereine dazu beitragen werden, auch die anderen Plätze wieder in Ordnung zu bringen. Den finanziell schlecht fundierten Organisationen soll damit unter die Arme gegriffen werden.

Abgeordneter Bauer erläuterte dann, warum der Sportgroschen nur mit der Eintrittsgebühr eingehoben werden soll, aber nicht auch bei der Konsumation von am Sportplatz verkauften Nahrungsmitteln. Er vertrat die Auffassung, daß der Zuschlag von den wohl nur kleinen Groschenbeträgen bei dem herrschenden Mangel an Kleingeld eine Störung des Verkaufes bedeuten und den Unmut der Bevölkerung hervorrufen würde. Er stellte daher den Antrag, den Sportgroschen in der Höhe von 20 Prozent von den Eintrittskarten zu berechnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Kaps (SPÖ) betonte, daß nicht nur die Erhaltung der Sportplätze ^{mit} Hilfe des Sportgroschen durchgeführt wird, sondern auch die Kosten für die Beteiligung an den olympischen Spielen aus diesem Fonds gedeckt werden müssen. Gerade die Vertreter der Sportler und insbesondere die Wiener Fußballer waren es, die die Einführung der Sportgroschen-Abgabe forderten.

Da die Grundlage zur allgemeinen Kultur die Körperkultur ist, begrüßt die Sozialistische Fraktion die Annahme dieses Gesetzes. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Resch erklärt in seinem Schlußwort den Antrag des Abg. Dr. Soswinski zu § 7 als der Gemeindeverfassung widersprechend, da der Gemeinderatsausschuß bei positiven Entscheidungen von Anträgen des Sportbeirates abhängig wäre, und außerdem für undemokratisch, da der Sportbeirat nicht nach demokratischen Grundsätzen zusammengesetzt ist, sondern aus zufällig entsendeten Vertretern der verschiedenen Sportgruppen besteht. Auch der zweite Antrag Dr. Soswinkis müsse zur Ablehnung empfohlen werden.

Zu den Ausführungen des Abg. Bauer führt der Berichterstatter aus, daß doch der Gemeinde vor allem bei den Vergnügungsstätten das Recht der Einhebung höherer Steuern zustehen müsse. Im Gesetz stehe nirgends eine Bestimmung, daß die zwei Groschensteuer auf den Bierpreis aufgeschlagen werden müßten, sie könnten von den Steuerpflichtigen auch auf andere Art erspart werden.

Es wird kein eigener Überwachungsapparat für diese Abgabe aufgestellt werden, so daß Besorgnisse, dieser Apparat würde mehr verbrauchen, als die Abgaben einbringen, unbegründet ist. Die Beschwerde, daß Gastwirte, die ihre volle Gewinnspanne nicht ausnützen, von der Steuerbehörde durch Berechnung der vollen Steuer geradezu bestraft würden, mag für die Vergangenheit berechtigt gewesen sein, doch haben die Verhandlungen mit den Vertretern der Gastwirte in der letzten Zeit für Wien diesbezüglich zu Verein-barungen geführt, die diesen Zustand beseitigen.

Bei der Abstimmung wird die ~~Gesetzesvorlage~~ in der vom ~~Berichterstatter~~ beantragten Fassung in erster und zweiter Lesung angenommen; die Anträge Dr. Soswinski und Bauer werden abgelehnt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, dem "Gesetz über die Einhebung einer Steuer anlässlich der entgeltlichen Abgabe von Gefrorenem im Gebiete der Stadt Wien", referierte gleichfalls Stadtrat Resch (SPÖ). Er betonte, daß sich nach Einführung der ~~Getränke-~~steuer in der Nazizeit wiederholte Streitigkeiten ergaben, ob Gefrorenes der Getränkesteuer unterliege. Es ist schließlich zu der Entscheidung gekommen, daß Eiskaffee und Schokoladeneis dieser Steuer ~~jedenfalls unterlägen~~. Die Frage aber, ob das sogenannte ~~Fruchteis ebenfalls besteuert werden solle~~, blieb ungelöst. Es erscheint daher schon zur Beseitigung dieser Zustände ratsam, die Zweifel über die Abgabepflicht durch einen Akt der Gesetzgebung aus der Welt zu schaffen. Dazu kommt, daß sich dadurch der Gemeinde Wien eine neue Einnahmequelle erschließt. Die Steuer soll der Höhe der Getränkesteuer entsprechen und auch die üblichen Beigaben, wie zum Beispiel Waffeln, wenn sie nicht gesondert in Rechnung gestellt werden, einschließen.

Der Referent stellte dann fest, daß niemand im Ernst behaupten könne, daß die Besteuerung des Gefrorenen dazu beitragen würde, den Lebensstandard der Bevölkerung herabzudrücken. Es sind von dieser Steuer keine wie immer gearteten volkswirtschaftlichen Nachteile zu befürchten.

Über die Höhe des erwarteten Erträgnisses konnte Stadtrat Resch keine bestimmten Angaben machen, da das Ergebnis der Steuer sehr schwer vorauszusagen sei. Es wird davon abhängen welche Mengen an Zucker und Fruchtsaft in diesem Jahr für die Gefroreneserzeugung zur Verfügung stehen werden.

Nach einer vorsichtigen Schätzung beziffert man die Einnahmen aus der Gefrorenensteuer mit einer halben Million Schilling, und es ist anzunehmen, daß bei der fortschreitenden wirtschaftlichen Gesundung das Erträgnis steigen wird.

Es ist sicher nur eine geringe Mehreinnahme, schloß Stadtrat Resch seinen Bericht, aber die finanzielle Lage der Gemeinde Wien ist so katastrophal, daß man sich auch diese nicht entgehen lassen könne. Aus diesen Gründen ersuche er um Annahme der Vorlage. (Beifall.)

Abgeordneter Steinhardt (KPÖ) nahm gegen die Gefrorenesabgabe Stellung und beanstandete in erster Linie, daß sie bei allen Verkaufsstellen in gleicher Höhe eingehoben wird, ob es sich nun um ein Nobellokal oder ein Gefroreneswagerl handelt. Weiter wäre diese Abgabe eine besondere Härte gegen die Wiener Arbeiterkinder, für die Gefrorenes in der heutigen Zeit oft den einzigen Lichtblick ihres freudlosen Lebens bedeutet. Trotz der schwierigen finanziellen Lage, in der sich die Stadt Wien gegenwärtig befindet, wird die kommunistische Fraktion des Wiener Gemeinderates aus den genannten Gründen nicht für das Gesetz stimmen.

Abg. Diplkfm. Nathschläger (ÖVP) bemerkt, daß die Einführung der Gefrorenensteuer ein Anfang in den Versuchen ist, den Abgang im Budget zu decken. Man hätte versuchen müssen, zunächst nicht durch Steuererhöhungen sondern im Rahmen des Verwaltungsapparates durch Einsparungen die nötigen Mittel aufzubringen. Der Redner verlangte in diesem Zusammenhang die Erstellung eines Rahmenplanes, in dem aber das Ziel verfolgt werden müßte, die gegenwärtige Generation nicht über Gebühr zu belasten. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Gefrorenessteuer sei auch unsozial. Das Gefrorene sei in einer so kalorienarmen Zeit wohl als notwendiges Genüßmittel anzusehen. Das Erträgnis aus der Gefrorenensteuer sei außerdem nur mit etwa 500.000 S angenommen, ein Betrag, der durch Einsparungen bzw. Erhöhungen von noch nicht nachgezogenen Gebühren leicht aufgebracht werden könnte. Der Betrag sei auch so geringfügig, erreiche höchstens zum Bau von sechs Wohnungen. Die ÖVP-Fraktion stimmt daher aus folgenden Gründen gegen die Einführung der Gefrorenessteuer:

- 1.) ist Gefrorenes ein notwendiges Genußmittel und soll daher nicht besteuert werden,
- 2.) ist die geplante Abgabe eine unsoziale Steuer, weil sie vor allem die ärmeren Schichten betrifft,
- 3.) ist die Steuer psychologisch unglücklich gewählt und
- 4.) ist sie unwienarisch und unpopulär.

Die Kammer hat zu diesem Gesetz wohl ihre Zustimmung gegeben. Die ÖVP-Fraktion könne dies aber niemals tun, denn sie habe die Interessen des Volkes zu vertreten. (Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Resch wandte sich abschließend gegen den Vorwurf des Abgeordneten Steinhardt wegen mangelnder Progression dieser Steuer. In normalen Zeiten werde man daran denken müssen, bei allen Steuern eine entsprechende Progression einzuführen, doch sei der Zeitpunkt heute dazu noch ungeeignet. So besteht in Wien eine Reihe von Vergnügungslokalen, die derzeit schwer um ihre Existenz ringen, so daß es sich die Stadt Wien wird gut überlegen müssen, ob sie durch Einführung einer Progression nicht gegen ihre eigenen Interessen handelt.

Zu den Einwänden des Abg. Dipl.Kfm. Nathschläger sagte Stadtrat Resch, daß er von völlig falschen Voraussetzungen ausgehe. Wir sind den Weg der Einsparung in viel größerem Umfang gegangen, als daß wir neue Einnahmen erschlossen hätten.

Über einen umfassenden Finanzplan auf längere Sicht könne man wohl beraten, aber derzeit sei weder die politische noch die wirtschaftliche Stabilität vorhanden, die an solcher Plan zur Voraussetzung habe. Eine solche Planung sei aber nur möglich, wenn auch der Bund dabei mittut. Darüber aber werde in einem anderen Hause entschieden, wo die Parteifreunde des Abg. Nathschläger die Mehrheit haben. (Vizebürgermeister Weinberger: Wir sind dazu bereit.)

Stadtrat Resch betonte nochmals, daß der Hauptgrund für die Gefrorenessteuer nicht so sehr ein finanzieller sei, sondern es darum gehe, die Unsicherheit in diesen Fragen zu beseitigen. Außerdem könne die Gemeinde auf ein halbe Million Schilling nicht verzichten.

In der Abstimmung wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung ohne die Stimmen der Volkspartei und der Kommunistischen Partei angenommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Präsident Dr. Neubauer sprach zum Abschluß der Sitzungstage allen Mitgliedern des Hauses und allen Mitarbeitern seinen Dank aus.

Schluß der Sitzung um 19 Uhr.

Aufhebung der Wassersparmaßnahmen

=====

Infolge der Schneeschmelze sind die beiden Hochquellenleitungen wieder ergiebiger geworden. Es werden daher alle Wassersparmaßnahmen mit sofortiger Wirksamkeit aufgehoben. Jedoch wird mit Rücksicht auf die bereits beginnende Gemüseanbauaktion die Bevölkerung ersucht, auch weiterhin mit Wasser sparsam umzugehen und schadhafte Wasserleitungseinrichtungen reparieren zu lassen.

Der Lebensmittelaufruf für die kommende Woche

=====

Trotzdem es sich in dieser Woche um die letzte der Versorgungsperiode handelt, ist es wegen der Osterfeiertage möglich, daß der Lebensmittelaufruf vom Landesernährungsamt noch Freitagabend für die Samstagblätter ausgegeben werden kann. Die "Rathaus-Korrespondenz" wird in ihrer morgigen Mittagsaussendung Bescheid geben.